

„Stell dir vor, es ist Krieg...“

Zum wissenschaftlichen Umgang mit kriegerischer Gewalt

Bericht: Mona Hawari und Christine Schnellhammer*

Das Jahreskolloquium 2015 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) wurde in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Villigst organisiert und fand vom 19. - 21. März 2015 im Evangelischen Johannesstift in Berlin-Spandau statt. Gefördert wurde die Tagung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF).

Begrüßung und Einführung

Das 47. Jahreskolloquium der AFK zum Rahmenthema "Stell dir vor, es ist Krieg..." beschäftigte sich mit konzeptionellen Fragen, Grundbegriffen und zentralen Gegenständen der Forschung rund um Krieg sowie mit dem friedenspolitischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Umgang mit kriegerischer Gewalt. Mit einem kurzen Rekurs auf die aktuelle Relevanz dieser Thematik wurde die Tagung von Uwe Trittman, Studienleiter der Evangelischen Akademie Villigst, und Prof. Dr. Conrad Schetter, Vorsitzender der AFK, eröffnet.

Eröffnungsrede von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

Zu Beginn seines Vortrags warf Bundesaußenminister Steinmeier einen Blick auf die Vielzahl und Komplexität derzeitiger Krisen (z.B. Ukraine, Syrien), die auch eine Bedrohung für den Frieden in Europa darstellen. Vor diesem Hintergrund schilderte er die Ergebnisse des kürzlich durchgeführten Review-Prozesses und wie die deutsche Außenpolitik zukünftig in die Lage versetzt werden soll, auf Konflikte unterschiedlicher Art frühzeitig zu reagieren. Nicht zuletzt wegen der Vielzahl gegenwärtiger Krisenherde sah Steinmeier Bedarf nach einer verbesserten Krisenreaktionsfähigkeit der deutschen Außenpolitik.

Die Hoffnung auf eine schnelle Lösung aktueller Gewaltkonflikte betrachtete Steinmeier als illusorisch. Vielmehr werde die Krise „auf absehbare Zeit weniger Ausnahmezustand, sondern mehr und mehr der Normalfall sein“. Vor diesem Hintergrund kündigte Steinmeier die Einrichtung einer neuen Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge im Auswärtigen Amt an, die bestehende Fähigkeiten bündeln sowie eine intensivere Behandlung unterschiedlicher Krisen und Konfliktphasen ermöglichen soll.

Steinmeier betonte die Bedeutung vorsorgender Außenpolitik und den Wert der Diplomatie, wobei er insbesondere die Bandbreite und Wirksamkeit ziviler Instrumente zur Konfliktbearbeitung hervorhob. Der bestehende ‚Instrumentenkasten‘ der Diplomatie müsse zukünftig noch stärker genutzt werden, wobei ein besonderer Fokus auf die Krisenprävention gelegt werden soll. Dennoch gebe es Fälle, in denen eine Stabilisierung ohne den Einsatz militärischer Gewalt nicht möglich sei. In diesem Zusammenhang verwies Steinmeier auf den Vormarsch der IS-Kämpfer in Syrien und im Irak, deren Vorgehensweise er als „Rückkehr der Barbarei“ bezeichnete. Militärische Mittel seien jedoch niemals als alleinige Lösung zu verstehen und nur in der Kombination mit zivilen Instrumenten zur Krisenprävention, Mediation oder Friedenskonsolidierung sinnvoll.

* Unser herzlicher Dank gilt Shahlo Kaharova, Marlen Barthel und Jana Rottmann für die Mitarbeit an der Berichterstellung paralleler Panels.

Der wirksame Einsatz dieser Instrumente soll durch die neue Stabilisierungsabteilung sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang sei auch eine enge Kooperation der beteiligten Ressorts bei der Krisenfrüherkennung und der Entwicklung eines gemeinsamen Instrumentariums erforderlich (z.B. BMZ, BMWi). Steinmeier forderte die Wissenschaft explizit dazu auf, die Politik bei der Entwicklung eines noch vielfältigeren und wirksameren Instrumentariums zu unterstützen. Auf diese Weise solle es gelingen, Krisen nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch zeitnah politische Konsequenzen zu ziehen. Eine richtige Einschätzung der Lage durch Darstellung unterschiedlicher Szenarien sei hierfür eine ebenso wichtige Voraussetzung wie die rechtzeitige Ergreifung angemessener Maßnahmen („early action“).

Die gegenwärtige Häufung von Kriegen, Krisen und Konflikten interpretierte Steinmeier als eine Folge der Globalisierungsprozesse. Demnach liege die Ursache für die aktuellen Krisen in einem heftigen Zusammenprallen von Gegensätzen in einer immer enger zusammenwachsenden Welt, wobei der Prozess der Globalisierung bislang keine neuen Ordnungsstrukturen hervorgebracht habe. Daraus folgte der Bundesaußenminister, dass ein Bedarf nach einer verlässlichen und regelbasierten multilateralen Ordnung bestehe. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen auf internationaler Ebene müsse die Politik deshalb aktiv dazu beitragen, neue Spielregeln für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen.

Zuletzt ging Steinmeier auf die Frage der Verantwortung und die (außen-)politischen Entscheidungsfindungsprozesse ein. Dabei stellte er fest, in der Grammatik der Außenpolitik gebe es „keine Punkte, nur Kommas und Fragezeichen“. Die zeitnahe Übernahme von Verantwortung in Krisensituationen sei stets mit Risiken behaftet, was aber nicht zu einer Vermeidung konkreter politischer Entscheidungen führen dürfe.

Podiumsdiskussion „Der Review 2014-Prozess aus der Perspektive der Friedensforschung“

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Dr. Corinna Hauswedell (FEST, Heidelberg), Prof. Dr. Ulrich Schneckener (Universität Osnabrück) und Dr. Thomas Bagger (Auswärtiges Amt, Berlin) zum Thema „Der Review 2014-Prozess aus der Perspektive der Friedensforschung“. Der Vorsitzende der AFK, Prof. Dr. Conrad Schetter, moderierte die Podiumsdiskussion. Inhaltlich konzentrierte sich die Debatte größtenteils auf die Begriffe Versicherheitlichung, Verantwortung und Friedensrealismus.

Corinna Hauswedell wies darauf hin, dass sich der Review-Prozess stärker mit der militärisch geprägten Sicherheitsdebatte und deren Folgen auseinandersetzen sollte. Militärisches Handeln stelle aus ihrer Sicht in den wenigsten Fällen eine Lösung für Sicherheitsprobleme dar. Trotz unterschiedlicher Interessen und Ordnungsvorstellungen seien gemeinsame Sicherheitsvorstellungen notwendig, um die gegenwärtigen Krisen lösen zu können. Die Hauptverantwortung Deutschlands sah sie darin, auseinanderfallende Interessen neu in eine Debatte einzubringen. Zudem regte Hauswedell eine Weiterführung des Review-Prozesses an. Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung verfüge über die nötige fachliche Expertise und die erforderlichen Kapazitäten, um hierzu einen wertvollen Beitrag leisten zu können. Allerdings werde die Aufnahme derartiger Diskursinhalte in die Forschung durch einen Mangel an Synthesefähigkeit und übergreifenden Programmen erschwert. Verantwortlich dafür sei die Forschungsförderung, die zu einer extremen Spezialisierung der Forschungslandschaft beigetragen habe.

Thomas Bagger stellte hingegen das Spannungsverhältnis von Ordnung und Frieden in den Fokus und widersprach damit einer Gleichsetzung der genannten Begriffe. Im Zusammenhang mit dem Review-Prozess erläuterte Bagger zudem den Begriff des Friedensrealismus. Darunter sei die Erkenntnis zu verstehen, dass nicht jede ausbrechende Krise eine Folge westlichen Versagens darstelle und gewaltsame Auseinandersetzungen bisweilen nicht verhindert werden können. Dennoch sei eine Weiterentwicklung des bestehenden Instrumentenkastens deutscher Außenpolitik erforderlich. In Bezug auf die Kritik der Versicherheitlichung stellte Bagger fest, dass dieser Begriff zu einer Verwischung von Grenzen und zu einem Verlust der eigenen Unterscheidungsfähigkeit führe. Im Hinblick auf den Umgang mit gegenwärtigen Krisen und deren Ursachen verwies Bagger auf die neue Stabilisierungsabteilung, die auf eine verbesserte Krisenreaktionsfähigkeit hinarbeiten soll. Das Hauptproblem im Falle eines akuten Krisenausbruchs bestehe derzeit in der Mobilisierung von fachlich qualifiziertem Personal mit entsprechendem länderspezifischem Wissen. Durch die Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen in einer Abteilung soll die Fähigkeit im Umgang mit akuten Krisensituationen künftig erhöht werden. Da sich die Abteilung erst im Aufbau befinde, sei es für eine Beurteilung ihrer Leistungsfähigkeit jedoch noch zu früh.

Ulrich Schneckener griff das Zitat Steinmeiers auf, wonach es in der Außenpolitik keine Punkte, sondern nur Kommas und Fragezeichen gebe. Hier sei eine wesentliche Gemeinsamkeit zwischen (Außen-)Politik und Friedens- und Konfliktforschung feststellbar, die in der Komplexität der Materie begründet liege. Eine Betrachtung der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen führte Schneckener zu der Einschätzung, dass die Ursachen für heutige Krisen im vergangenen Jahrzehnt liegen und die Chance auf eine globale Friedensordnung nicht genutzt worden sei. Während die Liste der globalen Krisen immer länger werde und sich die Problemlagen zunehmend verschärften, hätten globale Lösungskapazitäten gleichzeitig abgenommen. Schneckener sah im Begriff der Versicherheitlichung auch eine Form der Zuspitzung bzw. Artikulierung von Problemen und schrieb ihm daher nicht grundsätzlich eine negative Konnotation zu. Im Zuge des Review-Prozesses bestehe aber durchaus ein Bedarf, den häufig gebrauchten Verantwortungsbegriff mit konkreten Inhalten zu füllen und sich Gedanken über die Reichweite dieser Verantwortung zu machen.

Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises 2015

Der diesjährige Christiane-Rajewsky-Preis wurde an die Psychologin Miriam Schroer-Hippel für ihre herausragende Dissertation zum Thema „Die Demilitarisierung von Männlichkeitsvorstellungen. Beispiele aus der zivilgesellschaftlichen Friedensarbeit in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien“ vergeben (FU Berlin). Die Jury-Vorsitzende, Prof. Dr. Claudia von Braunmühl (FU Berlin), hielt auch in diesem Jahr die Laudatio und würdigte insbesondere den Beitrag der Forschungsarbeit zu einer Dekonstruktion militarisierter Männlichkeit und der damit verbundenen Reduzierung des Gewaltpotentials in Nachkriegsgesellschaften. Die soziale Akzeptanz alternativer gewaltfreier Männlichkeitsvorstellungen trage wesentlich zur Befriedung der betroffenen Gesellschaften bei, weshalb die Demilitarisierung von Männlichkeit und ein genderorientierter Friedensbegriff als wichtiger Bestandteil der Friedensarbeit anzusehen seien. Die Jury-Vorsitzende informierte das Publikum zudem über die Arbeit der Jury und den diesjährigen Auswahlprozess. Musikalisch umrahmt wurde die Preisverleihung von Stefan Sell.

Keynote Speech: Decolonizing Peace and War

Bevor Dr. Tarak Barkawi den zweiten Tag des Kolloquiums mit einem Vortrag zum Thema „Decolonizing Peace and War“ eröffnete, würdigten Dr. Regine Mehl und Dr. Corinna Hauswedell in einem kurzen Zwiegespräch die Arbeit des im April 2014 verstorbenen Friedensforschers Prof. Dr. h.c. Karlheinz Koppe, der langjähriges AFK-Mitglied und erster Vorsitzender der AFK-Nachwuchspreis-Jury war.

Im Anschluss verfolgte Tarak Barkawi mit seiner Keynote das Ziel, das tradierte eurozentrische Denken über Krieg und Frieden systematisch zu dekolonisieren. Zunächst ging Barkawi auf verschiedene Ansatzpunkte eines solchen ‚Dekolonisierungsprojekts‘ ein. Hierbei sei es von zentraler Bedeutung, sich die Reichweite eurozentrischer Vorstellungen bewusst zu machen. So folge bereits die Auswahl sozialwissenschaftlicher Forschungsfelder der Dominanz westlicher Perspektiven – und dies nicht nur in der europäischen und nordamerikanischen Forschungslandschaft, sondern weltweit. Auch das europäische Geschichtsverständnis und die europäischen Wissenskulturen seien omnipräsent und gleichzeitig in ihrer globalen Dominanz nicht ausreichend kritisch reflektiert.

Ein dritter Indikator, an dem Barkawi die Situierung des globalen Eurozentrismus festmachte, war die Ebene eurozentrischer Begriffskategorien und der daraus resultierenden Denkstrukturen. Wollte man das Denken über Krieg und Frieden in Forschung, Medien oder im Alltagsverständnis wirklich dekolonisieren, so sei dieses Unterfangen von ‚unten‘ zu beginnen, also mit den fundamentalen Begrifflichkeiten, in denen Denken strukturiert sei. Dazu zählte Barkawi u.a. Begriffe wie Natur, Krieg, Kultur, Wirtschaft oder Kapitalismus; aber auch der Begriff des *souveränen Staates* sei darunter zu subsumieren. Die Problematik eurozentrischer begrifflicher Konzepte sieht er vor allem in der Universalisierung ursprünglich ‚provinziell europäischer‘ Phänomene und Deutungsmuster. Das dekoloniale Unterfangen liege daher in erster Linie darin, Europa wieder zu provinzialisieren. Hierfür müsse man sich zunächst bewusst machen, dass global gewordene westliche Konstrukte ebenso klein oder groß, relevant oder irrelevant seien wie die Begriffstraditionen und -konnotationen anderer Kulturen. Letztendlich sei ein Schritt zur Dekolonialisierung dann erreicht, wenn eine Vielzahl ‚provinzieller‘ Begriffe und Vorstellungen in ihrer Wirkung gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Neben dem *souveränen Staat* identifizierte Barkawi auch die Begriffe *Krieg und Frieden* als essentiell für ein Verständnis dessen, wie Eurozentrismus ‚funktioniere‘ und wie er dekonstruiert werden könne. Ein Weg sei beispielsweise die Universalisierung und Umdeutung des Kriegsbegriffs in seiner Funktion als sozialwissenschaftliche Kategorie. Derzeit sei Krieg vor allem Teil der binären Konstruktion Krieg/Frieden. In Anlehnung an Carl von Clausewitz‘ *Vom Kriege* plädierte Barkawi dafür, kriegerische Handlungen fortan in einen größeren Zusammenhang von Macht und Gewalt einzubetten, um so die Beurteilung von Krieg und Frieden als kontrapunktisch aufzubrechen. In diesem Kontext diskutierte er den Begriff „permanent war“, den er als „mix of force and politics“ definierte. Jene ‚dauerhaften kriegerischen Zustände‘ seien es, die zu einer Aufrechterhaltung der lokalen, aber auch globalen Ordnung und somit zu einer Perpetuierung (post)kolonial geprägter Herrschaftsverhältnisse führten. Der eurozentrische Dualismus von Krieg und Frieden erfülle letztlich auch die Funktion, westliche Vorstellungen von sozialer und politischer Ordnung friedfertig er-

scheinen zu lassen. Daher plädierte Barkawi dafür, stattdessen lokale und globale Dimensionen von Macht, Gewalt und Politik als Analysekategorien einzusetzen und zu etablieren.

Die Dekonstruktion der Begriffsopposition Krieg/Frieden durch Barkawi führte in der anschließenden Diskussion zu der Frage, welche Schritte einer solchen Dekonstruktion folgen könnten und wie neue und weiterhin abgrenzbare analytische Konzepte generiert werden könnten. Außerdem wurde nach der Rolle des Individuums in Barkawis dekolonialem Ansatz gefragt. Einige Wortmeldungen thematisierten Schnittstellen von de- und postkolonialen mit feministischen Ansätzen. Einen weiteren Ausblick bildete die Frage nach der Rolle internationalen Rechts und internationaler Organisationen bei der Gestaltung einer postkolonialen und dekolonialisierten Zukunft. Der Vortrag Barkawis zeigte sich im weiteren Verlauf des Kolloquiums als ein zentraler Bezugspunkt sowohl in den verschiedenen Panels als auch in weiteren Debatten.

Panel 1: Stell dir vor, es ist Krieg ... - und die Friedensforschung denkt wie das Militär

Die Frage nach der Verflechtung bestehender Herrschaftsverhältnisse mit akademischer Wissensproduktion bildete gleichzeitig Ausgangs- und Angelpunkt des Panels. Als Moderatorin wies Mechthild Exo (FU Berlin) darauf bereits in ihrer Einführung hin, indem sie eine mögliche ‚kognitive Militarisierung‘ der Friedensforschung und die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einer solchen Entwicklung thematisierte.

Sodann stellte Sarah Nagel (Universität Frankfurt/M.) ihr Paper zum Thema „Verantwortung als Begriff und Praxis deutscher Außen- und Sicherheitspolitik“ vor. Anhand von konkreten Beispielen zu Rüstungsexporten, Asylpolitik und Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit zeigte sie Widersprüche von Verantwortung als Begriff und Praxis auf. Ausgehend von Joachim Gaucks Eröffnungsrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 und dem seither viel diskutierten Verantwortungsbegriff, ging Sarah Nagel dem Zusammenhang einer sogenannten *neuen Verantwortung* der gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik mit der aktuellen internationalen Ordnung und Fragen nach einem möglichen Wandel jener Ordnung nach. Aus dieser Perspektive wurde schlussendlich die Disparität zwischen der Möglichkeit größerer politischer Einflussnahme der deutschen Politik und der geringen Ausschöpfung derselben skizziert.

Dr. Dr. Dr. Gerhard Donhauser (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt) thematisierte den Gebrauch und die Reichweite des *Sicherheitsbegriffs* sowie die zunehmende Referenz auf mögliche Szenarien einer *bedrohten Sicherheit* durch Politik und Medien in Westeuropa und Nordamerika. Damit verbunden erörterte Donhauser Diskurse um terroristische Bedrohungsszenarien sowie die juristischen und politischen Konsequenzen der Konstruktion von Bedrohungssituationen. Sein Paper „*Sicherheit* als gefährliche Drohung?“ verfolgte die jüngsten Entwicklungen auf Debatten der 1990er Jahre um den sogenannten ‚erweiterten Sicherheitsbegriff‘ der NATO zurück und rekurrierte zum anderen auf Carl Schmitts Politikmodell aus den 1930er Jahren, das laut Donhauser eine Freund-Feind-Dichotomie als spezifisch politisch setze und somit als Ausgangspunkt für Prozesse der Konstruktion von Feindbildern angesehen werden könne. In der Folge könne sowohl die Inszenierung von Ängsten als auch politischer und sozialer Zusammenhalt über den Weg der Abgrenzung von einem politischen Feind als identitätsstiftend angenommen werden. Dies verändere die politischen Handlungsgrundlagen sozialer Entitäten nachhaltig. Vor diesem Hintergrund ging Donhauser insbesondere auf zunehmende Einschränkungen von Grundrechten und auf das Erstarken polizeistaatlicher Strukturen ein.

Daran anschließend präsentierte Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung Tübingen) einen Beitrag zum Thema „Militär: Instrument oder Wissensregime? Grundzüge der Ermöglichung einer poststrukturalistischen Militärkritik“. Damit machte er auf das in Wissenschaften und Öffentlichkeit vorherrschende instrumentelle Verständnis von Militär aufmerksam und schlug eine alternative Betrachtung vor, die Militär als ein Wissensregime versteht. Dabei diskutierte Mickan unter anderem im Anschluss an Judith Butler und Gayatri Chakravorty Spivak Militär als einen Ort epistemischer Gewalt und erörterte daran anschließend Möglichkeiten einer emanzipatorischen Veränderung der derzeitigen Praxen und Debatten. Der Beitrag verstand sich als eine „erste Ermöglichungsbedingung hin zu einer umfassenden Theorie poststrukturalistischer Militärkritik“.

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen nach der jeweils eigenen Rolle in der Erforschung von Konflikten problematisiert sowie Möglichkeiten der Integration postkolonialer Perspektiven in die eigene Forschung angedacht.

Panel 2: Stell dir vor, es ist die Wissenschaft, die den Krieg abschafft: Erwartungen an die Friedensforschung in ihren Anfängen

Lisa Bogerts (Universität Frankfurt/M.), Prof. Dr. Christoph Weller (Universität Augsburg) und Dr. Stefan Böschen (ITAS, Karlsruhe) stellten ihr gemeinsames Forschungsprojekt „Friedens- und Konfliktforschung in der BRD. Entstehung und Entwicklung eines problemorientierten Forschungsfeldes“ vor. Zunächst wurden die Denkstile unterschiedlicher Disziplinen reflektiert und wie diese zu der Entstehung der Friedens- und Konfliktforschung (FKF) beigetragen haben. In diesem Kontext betrachteten die Referent_innen die FKF als eine ‚neutrale Disziplin‘. Im Zuge des Panels wurde außerdem die Frage diskutiert, wie die epistemische Herausforderung des Zusammentreffens vielfältiger Disziplinen wissenschaftlich produktiv gestaltet werden konnte. Ferner gingen die Papergiver auf die zentralen Voraussetzungen für die Entstehung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland ein; dazu gehörten vor allem die politischen Rahmenbedingungen wie beispielsweise der Ost-West-Konflikt oder die Atomwaffen-Problematik, aber auch individuelle Kriegserfahrungen und deren Verarbeitung. Weitere Faktoren seien das Wirken individueller Persönlichkeiten (z.B. Carl Friedrich von Weizsäcker), sowie Wissenstransfers, besonders aus den USA, und auch naturwissenschaftliche Erkenntnisse z.B. aus der Atomphysik gewesen. Außerdem sei Geschichte nicht nur als Summe vergangener Ereignisse zu verstehen, sondern in ihrem Bezug auf die Gegenwart zu sehen. Gleichmaßen sei auch politisches Engagement zu kontextualisieren und in seinen Verbindungslinien zu wissenschaftlichem Wissen zu problematisieren. Nicht zuletzt aus diesem Grund sei die Friedens- und Konfliktforschung eine „politische“ Wissenschaft. Allerdings sei auch zu berücksichtigen, dass die FKF nicht nur normativ theoretische, sondern auch praktische Funktionen (wie z.B. Politikberatung) habe.

Auf die drei Präsentationen von Böschen, Bogerts und Weller folgte dann die Darstellung aus der Sicht eines Beteiligten und Zeitzeugen: Prof. Dr. Theodor Ebert (FU Berlin) stellte in seinem Vortrag die historischen Kontexte und kontextualisierten Motive für die Entstehung und Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre dar. Die Diskussionsrunde des Panels wurde anschließend über die Erwartungen an die FKF in den 1970er Jahren geführt. Dabei wurde Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes herangezogen und mit den Schlagworten *Abrüstung* und *gewaltfreier Widerstand* zwei

wichtige Angelpunkte der frühen Friedens- und Konfliktforschung genannt. So sei die Verbannung des Krieges aus dem Arsenal der Politik erklärtes Ziel der Friedens- und Konfliktforscher_innen gewesen.

Panel 3: Stell dir vor, es ist Krieg ... und alle machen mit: Militärische Interventionen

Zwei Beiträge zu militärischen Interventionen standen im Fokus des dritten Panels, das von Marlen Barthel (Universität Hannover) moderiert wurde. Dr. Thorsten Gromes (HSFK, Frankfurt/M.) und Anna Schwarz stellten ein neues Projekt der HSFK zu humanitären militärischen Interventionen im Zeitraum von 1946-2014 vor. In Abgrenzung zu den bestehenden Einzelfallstudien sahen die Papergiver Bedarf nach einer Bestandsaufnahme und Systematisierung bisheriger Interventionen hinsichtlich ihrer Erfolge und Misserfolge. Mit Hilfe des methodischen Ansatzes der Qualitative Comparative Analysis konnten auf der Basis eines vorläufigen Datensatzes folgende Forschungsergebnisse erzielt werden: Die Mehrzahl der humanitären militärischen Interventionen fand bislang auf dem afrikanischen Kontinent und in Europa statt, wobei die Interventionspraxis vor 10-15 Jahren einen Höhepunkt erreichte. Entgegen der vorherrschenden Auffassung handele es sich dabei nicht um ein rein westliches Phänomen, auch wenn die USA und Frankreich nach wie vor zu den führenden Interventionsmächten gehören. Verlässliche Aussagen über den Einfluss der Interventionen auf eine Reduzierung des Gewaltniveaus seien aufgrund der problematischen Datenlage schwierig. Die vorläufigen Ergebnisse der HSFK-Studie legten jedoch nahe, dass ein Rückgang der tödlichen Gewalt um mind. 30% feststellbar sei. Zudem gebe es Hinweise darauf, dass humanitäre militärische Interventionen in flächenmäßig kleineren Ländern zu einer stärkeren Reduzierung der Gewalt führten. Eine Korrelation zwischen Erfolgsquote und Faktoren wie Konfliktgegenstand oder intervenierenden Akteuren konnte hingegen nicht nachgewiesen werden. Ebenso wenig sei ein Lerneffekt über Zeit feststellbar, wobei Interventionen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre als die erfolgreichsten anzusehen seien. Nach Meinung der Papergiver biete das HSFK-Projekt zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsarbeiten in diesem Themenfeld.

Im Anschluss daran befassten sich Dr. Sybille Reinke de Buitrago (IFSH, Hamburg/InIIS, Universität Bremen), Prof. Dr. Andrea Schneiker (Universität Siegen) und Dr. Henrike Viehrig (Universität Bonn) mit nationalen Identitäten und der *logic of appropriateness* bei Militäreinsätzen am Beispiel von fünf UN-Interventionen (Kosovo, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien). Das präsentierte Paper thematisierte die Fragestellung, welche Identitäten sich in einer bestimmten außenpolitischen Logik wiederfinden und wie diese gefasst und immer wieder neu verhandelt werden können. Hierbei könne die nationale Identität Deutschlands aufgrund des vorherrschenden Begründungsmusters militärischer Zurückhaltung als Zivilmacht klassifiziert werden, während in den USA eine hegemoniale Begründungsweise dominiere (Supermacht vs. Zivilmacht). Zudem thematisierte der Beitrag den Wandel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Das entsprechende Datenmaterial wurde amerikanischen und deutschen Zeitungen entnommen.

Insbesondere das Projekt der HSFK sorgte anschließend für eine kontroverse Diskussion. So wiesen einzelne Redebeiträge auf die Missbrauchsmöglichkeiten der Erkenntnisse und die Verantwortung der Wissenschaft zu ideologiekritischer Reflexion hin, wobei u.a. das Argument der Funktionsebenen angeführt wurde. In diesem Zusammenhang wurden auch die Frage der Normativität und die *Responsibility to Feed* diskutiert. Die Debatte zum zweiten Papier stellte die *logic of appropriateness* einer *logic of consequences* gegenüber und verwies auf

den vorhandenen Mix an Begründungsmustern. Außerdem wurde kritisch angemerkt, dass auch die Logik einer Supermacht auf bestimmten Werten basiere.

Panel 4: Post-/Dekoloniale Kritik in der Erforschung von Krieg? Eine Bestandsaufnahme der deutschsprachigen Debatten

Den Rahmen dieses Panels bildete sein Format als *Meet-the-Authors-Panel*, das einen Austausch über verschiedene Ansätze und Beiträge zum geplanten Sammelband der Herausgeberinnen Claudia Simons (SWP Berlin) und Dr. Cordula Dittmer (FU Berlin) ermöglichte; Claudia Simons eröffnete das Panel mit einer Einführung in das Anliegen des Sammelbands. Es gehe vor allem darum, post- und dekoloniale Ansätze stärker in die Friedens- und Konfliktforschung einzubringen.

Das erste Paper „Die gute und die schlechte Subalterne – Konstruktionen des ‚Lokalen‘ im Peacebuilding“ präsentierten Andreas Hirblinger (Cambridge University) und Claudia Simons (SWP Berlin). Darin zeigten sie Essentialisierungen auf, die der Abgrenzung des Lokalen vom Internationalen inhärent seien. Der Vortrag arbeitete insofern mit Mitteln der Dekonstruktion und rekurrierte wiederholt auf die eigene Positioniertheit als Forschende. Über die beschreibende Reflexion des „Lokalen“ gelangten Hirblinger und Simons zu den Implikationen dieses Begriffs sowohl für Peacebuilding-Interventionen als auch für die Forschung. Das Lokale könne so zum Rechtfertigungsinstrument für eine Kategorisierung von Peacebuilding-Missionen als ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ werden oder gar in der Suche nach einem ‚true local‘ resultieren; letzteres berge wiederum die Gefahr eines Essentialismus. Sowohl Peacebuilding-Praxis als auch Forschung stehen folglich vor der Herausforderung, die konstruierte Eindeutigkeit des ‚Lokalen‘ nicht hinzunehmen, sondern den Begriff durch die Sichtbarmachung von Hybridität und die Reflexion der eigenen Befangenheit angemessen einzubetten. Im Anschluss an Gayatri Chakravorty Spivak stelle sich auch die Frage, ob für oder über das Lokale gesprochen werden könne und wie Repräsentationen des Lokalen die Entwicklung von Institutionen, so zum Beispiel im Zuge der *local government reform* in Südsudan, beeinflussen.

Der zweite Beitrag des Panels „Kartographien der Gewalt. Postkoloniale Blicke auf die (De-)Konstruktion von Raum in Forschung und Praxis“ zielte auf eine Zusammenführung von kritischer Geographie und Kartographie auf der einen und postkolonialen und queer_feministischen theoretischen Prämissen auf der anderen Seite ab. Prof. Dr. Sven Chojnacki, Fabian Namberger und Gerdis Wischnath (alle FU Berlin) beschäftigten in ihrem Paper die vermeintliche Neutralität räumlicher Entitäten. Begriffe wie „Konflikt- und Krisenherde“ oder der häufig unreflektiert referenzialisierte „Nationalstaat“ wurden einer postkolonialen Lesart unterzogen. Mit diesem Verfahren solle in einem ersten Schritt sichtbar gemacht werden, inwiefern Begriffe und Abbildungen, mit denen die Friedens- und Konfliktforschung neben anderen Wissenschaften operiert, (post-)koloniale, heteronormative Herrschaftsverhältnisse forttragen. Daran anschließend könne verhandelt werden, welche Auswege aus bisherigen Praktiken für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft möglich seien.

María Cárdenas Alfonso verknüpfte in ihrem Paper „Zur Relevanz postkolonialer Sozialpsychologie für die Untersuchung von Konflikt dynamiken am Beispiel Kolumbiens und Guatemalas“ Ansätze der soziologischen Sozialpsychologie mit einer postkolonialen Perspektive. Dieses Verfahren eröffne die Möglichkeit eines erweiterten Verständnisses postkolonialer innergesellschaftlicher Konflikt dynamiken und ihrer Bearbei-

tung. Die Papergiverin legte unter Rekurs auf die Ergebnisse sozialpsychologischer Forschung die Verstärkung postkolonialer Inferiorität in den untersuchten Beispielfällen in Kolumbien und Guatemala offen, um in einem zweiten Schritt durch Intra- und Intergruppenbetrachtungen aufzuzeigen, dass bisherige Konfliktlösungsstrategien (post)koloniale Herrschaftsverhältnisse bisweilen eher verfestigten als sie zu verringern. Eine postkoloniale Betrachtung sozialpsychologischer Forschung sei in der Lage, diese Problematik überhaupt erst sichtbar zu machen. Cárdenas Alfonso argumentierte, dass es in den betrachteten Beispielen nur dann einen Ausweg aus postkolonialer Inferiorität hin zu dekolonialem Empowerment geben könne, wenn die innergesellschaftlichen Interaktionen von ihrer Referenz auf *Europeanness* und somit auf ihre weiterhin kolonial geprägte Selbstidentifikation befreit würden.

Neben formalen Fragen zu dem geplanten Sammelband standen begriffliche Abgrenzungen, so zum Beispiel die Unterscheidung von *postcolonial studies* und *decolonial* bzw. *subaltern studies*, im Vordergrund der anschließenden Diskussion.

Panel 5: Bedroht durch Krieg - Legitimationen von Staatsbildung

Mit einem Papier zu den Paradoxien von Ent- und Versicherheitlichung in Nachkriegsgesellschaften führte Prof. Dr. Thorsten Bonacker (Universität Marburg) in das Panel „Legitimationen von Staatsbildung“ ein, das von Prof. Dr. Berthold Meyer (Universität Marburg) moderiert wurde. Hierbei vertrat Thorsten Bonacker die These, dass internationale Übergangsverwaltungen häufig zu einer nicht-intendierten Versicherheitlichung des politischen Diskurses und zu autoritärer Regierungspraxis führten. Die Erhöhung von Sicherheit im Rahmen des Statebuilding habe stets auch die Konstruktion von Unsicherheit zur Folge. Eine wahrgenommene Bedrohung ziehe demnach entsprechende Schutzmaßnahmen nach sich, wobei der Staat als Referenzobjekt andere Referenzobjekte vor Bedrohung schützen soll. Im Extremfall könne hierdurch die Rückkehr von Gewalt begünstigt werden. Der Zusammenhang zwischen Sicherheit, politischer Legitimität und Staatsbildungsprozessen wurde anhand der Beispiele Osttimor und Kosovo verdeutlicht.

Der Beitrag von Dr. Werner Distler und Maria Ketzmerick (Universität Marburg) widmete sich hingegen der Legitimation von externer Treuhandschaft in Kamerun und im Kosovo. In beiden Staaten produzierten Diskurse der externen Treuhandschaften über die Bedrohung des Staatsbildungsprozesses durch Bürgerkriege eine *politics of protection*. Diese Versicherheitlichung des Krieges habe zu einer Aufblähung des Sicherheitsapparats und einer ständigen Präsenz der Vergangenheit geführt, die sich unter anderem auch in gewalttätigem Widerstand gegen Staatsbildungsprozesse äußern könne. Die enge Verbindung von Sicherheit und externem Statebuilding wurde anhand eines empirischen Vergleichs beider Staaten dargelegt, wobei Wahlen als zentrales Moment von Staatsbildungsprozessen im Fokus der Untersuchung standen.

In ihrem Papier über die Ästhetik der Gefährlichkeit schilderte Anne Menzel (Universität Marburg) die prekäre Sicherheitslage in der Nachkriegsgesellschaft Sierra Leones. Die Nachwirkung der Kriegserfahrung führe in diesem Kontext zu einer Versicherheitlichung von unten. Als Ästhetik der Gefährlichkeit bezeichnete die Papergiverin hierbei ein bestimmtes Wahrnehmungsschema, das Vorstellungen von der Gefährlichkeit bestimmter Personen impliziere. Bestimmte Bevölkerungsgruppen würden demnach intuitiv verdächtigt, gefährlich oder kriminell zu sein. Dies betrifft insbesondere sozioökonomisch marginalisierte junge Männer.

Für die kriminalisierten Personen bedeute dies höchste Lebensgefahr, da sie häufig durch lokale Sicherheitskräfte (z.B. Bürgerwehr) getötet werden. Diese Form der Versicherunglichung sei eine Folge der andauernden Abwesenheit verlässlicher Staatlichkeit und basiere auf der Erkenntnis, dass sich die Bevölkerung selbst schützen müsse: „We have to provide security for ourselves“. Die Gefährlichkeitszuschreibungen führten nicht nur zu einem sehr niedrigen Gewaltniveau in Sierra Leone, sondern auch zur Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen und zur Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse.

Die anschließende Diskussion thematisierte u.a. den Begriff der Versicherunglichung von oben und von unten als Bestandteil des ursprünglichen Konzepts sowie die Legitimation von Interventionspraktiken durch den Diskurs des Staatsversagens. Staatlichkeit sei immer als Konstrukt zu verstehen, weshalb die enge Verbindung zwischen Sicherheit und Staatlichkeit aus der Sicht einiger Diskussionsteilnehmer_innen zu kurz greife. Kritisch hinterfragt wurden zudem der enge Zusammenhang zwischen Gewalt und Wahlen, die Fokussierung auf physische Gewalt sowie die Ausklammerung der Armutsforschung. So sei Gewalt auch als Phänomen sozialstruktureller Ausgrenzung zu verstehen. Darüber hinaus wurde der Zusammenhang zwischen Agency, Versicherunglichung und der Legitimation außerordentlicher Maßnahmen reflektiert.

Panel 6: Antikriegsfilme – Filme für den Frieden?

Die drei Beiträge des von Peter Bürger moderierten Panels beschäftigten sich mit der Analyse US-amerikanischer Kriegsfilme. Brigitte Simon (Universität Wien) schilderte in ihrem Beitrag die zunächst eher beiläufige Erwähnung des Krieges in frühen anglo-amerikanischen Spielfilmen. Hier fiel es schwer, zwischen Antikriegsfilmen und affirmativen, zur Kriegspropaganda eingesetzten Filmen zu differenzieren. Dezierte Kritik am Vietnamkrieg sowie am Krieg im Allgemeinen fände man Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre zunächst überwiegend in Filmen, die frühere Kriege thematisierten. Diese Filme seien unter anderem durch den Einfluss der Gegenbewegung der 1960er Jahre sowie New Hollywood nach dem Ende des Production Codes gekennzeichnet. Dies spiegele sich auch im Stil der Filme wider, in denen man sich komischen Mitteln wie der Farce, Satire und schwarzen Humors, aber auch Gewalt bediene.

Im zweiten Paper des Panels referierte Julian Schmid (Universität Wien) zu den Entwicklungen im US-amerikanischen Kriegsfilm seit 9/11. Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center sei das Thema Krieg auf eine Art und Weise aufbereitet worden, die sowohl an ältere Diskurse anknüpft als auch diese mit vermeintlich neueren Diskursen von Krieg und Frieden verbunden habe. So transportiere das Kino nach 9/11 viele Narrative, die schon in den 1980er Jahren während des Kalten Krieges genutzt wurden. Dazu gehörten unter anderem eine Dichotomisierung der internationalen Politik sowie die „remasculinization“ Amerikas, die sich gerade in Zeiten der politischen Krise innerhalb des kulturellen Umfelds der USA beobachten ließe. Kritik werde nicht an den militärischen Strukturen geäußert, sondern am Staat und der Politik, die die Veteranen im Stich ließe.

Das Papier von Dr. Georg Löffmann (University of Warwick) beschäftigte sich anschließend mit der Vermittlung militärisch-sicherheitspolitischer Inhalte und der Legitimierung sicherheitspolitischer Handlungen durch das US-amerikanische Kino. Sein Beitrag untersuchte den Zusammenhang zwischen nationalen, geopolitischen Diskursen und filmischen Narrativen nationaler Sicherheit, mit denen Hollywood das Image

einer amerikanischen „grand strategy“ kreierte. So werde im Kino eine bestimmte Vorstellung nationaler und sicherheitspolitischer Identität vermittelt, die sich bis zum 2. Weltkrieg zurückverfolgen ließe.

Panel 7: Formenwandel des Krieges als Herausforderung für die Friedens- und Konfliktforschung

Die Beiträge dieses Panels wurden von Prof. Dr. Sven Chojnacki (FU Berlin), Dr. Hans-Georg Ehrhart und Prof. Dr. Götz Neuneck (beide IFSH, Hamburg) unter Moderation von Dr. Johann Schmid (IFSH, Hamburg) präsentiert. Chojnacki referierte zum Thema „Kriegstypen im Wandel“ und begann seinen Input mit der Anmerkung, dass das Wesen des Krieges im Wandel der Zeiten weitgehend konstant bleibe, seine Erscheinungsformen sich jedoch verändern. Jene Veränderungen seien auf verschiedenen Ebenen sichtbar: Auf der Akteursebene zeige sich beispielsweise eine zunehmende Anzahl nicht-staatlicher Akteure und privater Militärgruppen besonders in sogenannten ‚fragilen Staaten‘. Im Verhältnis von Politik und Wirtschaft sei eine zunehmende Ökonomisierung des Krieges zu beobachten. Beispiele für sich wandelnde Kriegsdynamiken seien Brutalisierung, Asymmetrisierung und Re-Sexualisierung. Abschließend wies Chojnacki darauf hin, dass die Bezeichnung ‚neue Kriege‘ wie andere methodologische Dualismen, die mit der Opposition von ‚alt‘ versus ‚neu‘ operierten, irreführend seien.

Hans-Georg Ehrhart stellte das zweite Paper des Panels „Auf dem Wege zur postmodernen Kriegführung?“ vor, in dem er das Konzept postmoderner irregulärer Kriegführung diskutierte. Im Kontext zunehmender Interventionen wurden vier Merkmale für die Irregularität derzeitiger Kriege präsentiert: Zum einen sei eine Tendenz zur Vermischung von Konzepten und Mitteln (z.B. zivil und militärisch) zu verzeichnen. Hinzu komme die größere Bedeutung von Propaganda im Sinne von „strategischer Kommunikation“, die beispielsweise verdeckte Operationen ermögliche, die nicht vor der Öffentlichkeit gerechtfertigt werden müssten. Als drittes Merkmal ging der Papergiver auf sogenanntes ‚indirektes Vorgehen‘ ein. Zuletzt wurde der Einsatz moderner Technologien wie Internet und Drohnen thematisiert.

Im dritten Beitrag des Panels wurde der Komplex ‚moderne Technologien und Kriege‘ aufgegriffen und weiterentwickelt. Götz Neuneck ging in seinem Beitrag „Welchen Stellenwert hat Hochtechnologie im Krieg der Zukunft?“ umstrittenen Formen neuer Rüstungstechnologien wie beispielsweise dem Einsatz von Drohnen und der Frage nach präventiver Rüstungskontrolle nach.

Aus allen Panelbeiträgen ging hervor, dass ein *Formenwandel der Kriegführung* vom *Formenwandel des Krieges* unterschieden werden müsse. Dies gelte gleichermaßen für die Differenzierung von hybriden Kriegen und hybrider Kriegführung. Wichtig sei dabei die Einsicht, dass ‚Krieg‘ ein künstlich geschaffenes wissenschaftliches Aggregat sei. Alle drei Referenten identifizierten schlussendlich die Notwendigkeit eines ‚reflektierteren‘ Gewaltbegriffs für die Friedens- und Konfliktforschung.

Panel 8: Geschlechterperspektiven I

Im Fokus des präsentierten Papers „From Conflict to Camp: Geschlechterverhältnisse im Wandel“ standen Analyse und Kontextualisierung des Wandels von Geschlechterverhältnissen in Konflikten und Flüchtlingslagern als miteinander nicht nur zeitlich und räumlich, sondern auch soziopolitisch und soziokulturell verbundene Lebensumstände. Ulrike Krause (Universität Marburg) verknüpfte in ihrem Beitrag Konfliktsituationen mit andauerndem Fluchtgeschehen, indem sie letzteres explizit als Postkonfliktsituation definierte. Dies

eröffne die Möglichkeit, Frauen nicht nur in der Opferrolle, sondern auch als Akteurinnen zu erfassen. Die Gestaltung des Alltags in Flüchtlingslagern durch Frauen (und Männer) zeige die Entwicklung zwischengeschlechtlicher Beziehungen in ihrer Prozesshaftigkeit auf. Gestützt durch die Ergebnisse ethnographischer Feldforschung im Flüchtlingslager Kyaka II in Uganda rekonstruierte Krause die geschlechterspezifische Wahrnehmung der Flüchtlingssituation, aber auch den Wandel der Frauen- und Männerrollen in ihren gegenseitigen Beziehungen.

Am Beispiel des kolumbianischen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms lenkte Mia Schöb (Universität Genf) mit ihrem Paper „‘Neue Männlichkeit‘ für alte Krieger? Divergenzen zwischen militarisierten Geschlechterrollen im anhaltenden kolumbianischen Bürgerkrieg und entmilitarisierte Männlichkeit im Reintegrationsprogramm für demobilisierte Kombattanten“ den Blick auf den Wandel von Maskulinitätskonstruktionen vom ‚stereotypen Kämpfer‘ hin zu einer sogenannten ‚neuen Maskulinität‘. Schöb arbeitete mit einem feministischen Zugang zur *Securitisation Theory* und verknüpfte diese Perspektive mit einer kritischen Diskursanalyse, um Strategien der Konstruktion, des Wandels und der ‚Bearbeitbarkeit‘ von Gender zu erörtern.

Unter Moderation von Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel (Universität Marburg) wurden im Anschluss an die Präsentation vor allem Schnittstellen der Papiere diskutiert. Dabei wurde festgehalten, dass beide Beiträge einen *situationsabhängigen Wandel* geschlechtlicher Identitäten und zwischengeschlechtlicher Verhältnisse thematisieren.

Panel 9: Land- und Ressourceninvestitionen – Kriegsursache oder Beitrag zum Frieden?

Das Panel wurde von Nina Wienkoop (Universität Lüneburg) moderiert und widmete sich dem Thema „Land- und Ressourceninvestitionen“. Den ersten Beitrag leistete Alke Jenss (Universität Marburg) mit einem Paper zu „Contested Spaces. Land conflicts and transformation in the Colombian „Cerrado“. Darin wurde die Transformation der kolumbianischen Landwirtschaft und der Landbesitzverhältnisse nach dem Vorbild Brasiliens thematisiert. Ein besonderer Fokus lag hierbei auf der Rolle des Staates und der neuen politischen Ökonomie des Raums. Das Ringen um Land habe in den letzten Jahren zu einer radikalen Veränderung der Besitzverhältnisse und in der Folge zu extremer sozialer Ungleichheit geführt. So konzentrierte sich ein Großteil des Landbesitzes auf nicht-kolumbianische Unternehmen (*land grabbing*) und paramilitärische Gruppen würden bei der Landverteilung bevorzugt behandelt. Dies habe eine Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse zur Folge. Weitere Konsequenzen der kolumbianischen Landkolonisierungspolitik seien Umsiedlungen und Vertreibungsprozesse. Der kolumbianische Staat wirke dieser strukturellen Gewalt nicht entgegen, sondern setze die Restrukturierungspolitik aktiv ein. Auf der Gegenseite formiere sich zunehmend Widerstand gegen die massive räumliche Umgestaltung.

Sina Schlimmer (Sciences Po Bordeaux) beschäftigte sich in ihrem Beitrag mit der Frage „Wie informelle Verhandlungen von Landtransaktionen Machtspiele fördern“. Am Fallbeispiel der Firma Sun Biofuels in Tansania legte Schlimmer dar, wie die Heterogenität der beteiligten Akteure die Verhandlungsprozesse von Landtransaktionen beeinflusst. Die tansanische Regierung versuche zunehmend, private Investoren für landwirtschaftliche Projekte zu gewinnen. Die Verhandlungen über Landtransaktionen könnten jedoch

Macht- und Interessenkonflikte fördern, wenn die Verhandlungsführung und die Beteiligung relevanter Akteure intransparent seien. Im konkreten Fall hätten keine Dorfratssitzungen stattgefunden, wie dies in Tansania normalerweise üblich sei, und es habe keine Ausgleichszahlungen gegeben. Trotz der Missachtung von Vorschriften und der Firmeninsolvenz habe Sun Biofuels die Landrechte behalten. Mit Hilfe des theoretischen Ansatzes der soziologischen Policy-Analyse kam die Papergiverin zu dem Ergebnis, dass die Machtverhältnisse flexibel seien und sich die Akteurskonstellationen im Laufe der Verhandlungen ändern könnten. Zudem könnten auch externe und nicht-staatliche Akteure in die Entscheidungsprozesse eintreten, und der tansanische Staat handle durch eine Vielzahl von Akteuren, die unterschiedliche Interessen vertreten und entsprechende Strategien wählen.

Der dritte Beitrag in diesem Panel befasste sich mit dem Thema „Large-Scale Land Acquisitions, Territoriality and Conflict Risks in Post-War Bougainville“. Konkret betrachtete Anne Hennings (Universität Münster) den Widerstand gegen großräumige Landakquisitionen in Post-Konfliktkontexten am Beispiel von Bougainville, der sich sowohl in gewaltsamer als auch nicht-gewaltsamer Weise ausdrücke. Ausgangspunkt ihrer Analyse war die Beobachtung einer Zunahme von Landinvestitionen in Post-Konfliktgesellschaften und einer mangelnden Erforschung der (negativen) Auswirkungen auf das Peacebuilding. Beispielsweise könne der gesellschaftliche Aussöhnungsprozess hierdurch gefährdet werden. Während die Regierungen großes Interesse an ausländischen Investoren hätten, seien Landinvestitionen zumindest für Teile der Bevölkerung mit einem Verlust ihrer Lebensgrundlagen verbunden. Als theoretischen Unterbau legte Anne Hennings ihrer Analyse den Ansatz der Assemblage zugrunde. Dieser beinhalte die Prozesse der Territorialisierung, der Reterritorialisierung und der Deterritorialisierung, die auch parallel ablaufen können. Die Analyse kam zu dem Ergebnis, dass die Frage der Territorialität für Peacebuilding-Prozesse von hoher Relevanz ist.

In der anschließenden Diskussion wurde der analytische Mehrwert des theoretischen Konzepts der Assemblage zur Debatte gestellt. Anne Hennings argumentierte, dass dieses Konzept nicht nur einzelne Subjekte, sondern auch die Interaktion zwischen den Akteuren betrachte. Außerdem wurde kritisch angemerkt, dass die Rolle des Staates zu wenig in die Betrachtung der Landinvestitionen einbezogen werde. Im Zusammenhang mit Landbesitz wurden insbesondere die unterschiedlichen nationalstaatlichen Regelungen diskutiert. In Tansania sei Land beispielsweise im Besitz des Staates, der das Recht auf die Landnutzung für einen bestimmten Zeitraum an Personen vererbe. Ferner war die Frage nach bestimmten Gewaltmustern und nach dem Beitrag bestimmter Akteure zur Konflikteskalation Gegenstand der Debatte.

Panel 10: Geschlechterperspektiven im Krieg II

Dr. Simone Wisotzki (HSFK, Frankfurt/M.) leitete als Moderatorin das Panel zum Thema „Geschlechterperspektiven im Krieg“. Zunächst stellten Dr. Jutta Joachim (Universität Hannover) und Prof. Dr. Andrea Schneider (Universität Siegen) ein Papier mit dem Titel „Inside-Out. Öffentliches und privates Gesicht privater Militär- und Sicherheitsunternehmen“ vor. Dabei ging es hauptsächlich um multiple, ambivalente und intersektionale Maskulinitätskonstrukte, welche den Einfluss von privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen (PMSUs) erhöhten und die Privatisierung von Sicherheit vorantrieben. Ausgehend von der zunehmenden Präsenz transnational operierender Sicherheitsdienstleister (z.B. Blackwater) in Konfliktgebieten, analysierten die beiden Autorinnen die Identitätskonstruktionen innerhalb der PMSUs mit Hilfe einer Gender-

Perspektive anhand von Internetquellen. Hierbei kamen sie zu dem Ergebnis, dass multiple Maskulinitäten und Hierarchien den Erfolg von PMSUs bedingen. Das öffentliche und private Gesicht ermögliche PMSUs, sich als legitimer und überlegener Sicherheitsakteur zu präsentieren. So sei das öffentliche Bild von PMSUs von verantwortungsbewussten, professionellen Akteuren geprägt, die gleichzeitig als Manager, Krieger oder humanitäre Helfer auftreten. Die lokalen Akteure würden hingegen als ungebildete, unerfahrene und schlecht ausgebildete Sicherheitskräfte dargestellt. Dies trage zur Herstellung gesellschaftlich akzeptierter Maskulinitätshierarchien und zur Normalisierung privater Sicherheit bei.

Im Papier von Louise Thiel ging es hingegen um die Einhegung von Verletzbarkeit durch mexikanische Soldatinnen. Basierend auf der Feststellung, dass Soldat_innen sich in ihrem Beruf die Bereitschaft aneignen müssten, ihr eigenes Leben zu riskieren und andere Menschen zu töten bzw. zu verletzen, stellte das Papier die Frage nach dem soldatischen Umgang mit militärischen Verletzungsrisiken. Nach Auffassung der Autorin bestehe bei Frauen im Militärapparat eine Ambivalenz zwischen männlich strukturierter Gewaltfähigkeit und weiblich konnotierten Eigenschaften. Interviews mit mexikanischen Soldatinnen sollten Aufschluss über die Verknüpfung von Gewalt- und Geschlechterbeziehungen geben. Als Ergebnis konnten vor allem folgende Narrative und Praktiken im Umgang mit Verletzbarkeit identifiziert werden: Gewöhnungsnarrativ, Gehorsamsstrukturen und Konstruktion von Schutz. Ebenso lasse sich die Aneignung von Handlungsmacht, eine Sinnzuschreibung an Risikobereitschaft und eine Umdeutung von Gefährdung beobachten. Als Fazit stellte Louise Thiel fest, dass eine diskursive Einhegung von Gefährdung stattfindet.

Die anknüpfende Diskussion beschäftigte sich u.a. mit der Übernahme der soldatischen Identität und der fortwährenden Existenz des männlichen Ideals. Außerdem wurde der männliche Umgang mit der Einhegung von Verletzbarkeit im Vergleich zu den Soldatinnen thematisiert. Ein Vergleich zwischen PMSUs und ‚normalen‘ Militärs könne zudem klären, ob auf beiden Seiten ähnliche Tendenzen im Umgang mit Verletzbarkeit erkennbar seien. Gegenstand der Diskussion waren auch die zunehmend schwierige Unterscheidung zwischen PMSUs und humanitären Akteuren sowie die Existenz von *tipping points* und deren Auswirkungen auf die Selbstdarstellung der PMSUs.

Panel 11: Stell dir vor es ist Krieg... und alle schauen hin: Aufmerksamkeitsökonomien in Konflikten

Die Analyse der Arbeitsbedingungen fotojournalistischer Akteure lege die Verbindung exogener und endogener Einflussfaktoren auf den Fotojournalismus in Konflikten, aber auch auf die damit verbundene medial vermittelte Aufmerksamkeit in der regionalen und globalen Öffentlichkeit offen, so Felix Koltermann (Universität Erfurt) in seinem Tagungsbeitrag „FotoreporterInnen im Konflikt. Fotojournalistische Milieus im israelisch-palästinensischen Konflikt“. Dem Beitrag lag zunächst die Unterscheidung von Produktion, Distribution und Publikation fotojournalistischen Materials zugrunde. Anhand des fotojournalistischen Standortes Israel/Palästina rekonstruierte der Autor des Papers vor allen Dingen die Produktionsbedingungen von Fotoreporter_innen und ihren Auswirkungen auf die Wahrnehmung des Konflikts. Koltermann merkte kritisch an, viele Begrifflichkeiten und Perspektiven auf den Fotojournalismus entstammten Analysen der Publikation von Material. Insofern bilde die hier präsentierte akteurszentrierte Perspektive mit ihrem Fokus auf die Produktion von Material einen Kontrapunkt zu einer Vielzahl bisheriger Forschungsarbeiten. Die Analyse der Produktionsbedingungen von Bildern ermögliche es, Fotojournalist_innen als Akteure im Konflikt zu

verstehen und so Rückschlüsse auf die jeweilige Konfliktdynamik zu erhalten. Im Falle des Standortes Israel identifizierte Koltermann u.a. eine Fortsetzung der Konfliktsymmetrie durch fotojournalistische Produktionsbedingungen; beispielsweise gebe es kaum palästinensische Dokumentar fotografie und internationale Presseagenturen reproduzierten die Sicherheitslogik der israelischen Regierung. Schließlich belege im hier gewählten Fallbeispiel die Analyse der Fotoproduktionsbedingungen den Zusammenhang lokaler Machtstrukturen mit medialen Aufmerksamkeitsökonomien.

In ihrem Beitrag „Neighbourhood Watch: Wie das östliche und südliche Afrika auf Gewaltdynamiken in ihrer Nachbarschaft blickte“ beschäftigte sich Dr. Stefanie Wodrig (Universität Kiel) mit dem sogenannten „diskursiven Dritten“ als einer bisher kaum beachteten Analysemöglichkeit bei der Erforschung von gewaltvollen Konflikten. Jene ‚Dritten‘ seien neben Opfern und Tätern im eigentlichen Konflikt die direkten Nachbarn des jeweiligen Gewaltraumes. Wodrig zielte mit der Erweiterung um die Analyse von Diskursen der direkten Nachbarschaft u.a. auf eine Ergänzung der Diffusionsforschung ab. Diese fokussiere in erster Linie Grenzgänger – also Personen – als transnationale Bindeglieder und weniger die diskursiven Mechanismen, die Konflikte in angrenzende Regionen forttragen oder aber abwehren könnten. Am Beispiel der Gewaltentwicklung in Südafrika mit Blick auf die Gewaltdynamiken in Simbabwe in den Jahren 2000-2013 erarbeitete die Papergiverin Möglichkeiten der Sichtbarmachung von Strukturen der diskursiven Einbettung, Übertragung oder Abwehr von Gewalt in angrenzenden Gesellschaften. Ausblick und Abschluss des Beitrags bildete die Frage, ob das hier gewählte Fallbeispiel Einzelfall bleibe oder sich anhand einer Analyse diskursiver Dritter in anderen Konflikten vergleichbare Beispiele auffinden ließen und sich somit in der Friedens- und Konfliktforschung und angrenzenden Disziplinen die Analysekategorie des ‚diskursiven Dritten‘ etablieren könnte.

Panel 12: Stell dir vor, es ist Krieg... und (k)einer vermittelt

Unter Moderation von Prof. Dr. Christoph Weller (Universität Augsburg) stellten Prof. Dr. Margit Bussmann und Levke Kelm (Universität Greifswald) ihr Paper mit dem Titel „Mediation nach Massakern? Eine Untersuchung von Mediationsangebot und –nachfrage in Bürgerkriegen“ vor. Gegenstand der Untersuchung war, welche Faktoren Mediationsangebote von Drittparteien wahrscheinlicher machten und welche Eigeninteressen Drittparteien an Mediation hätten. Beispielsweise sei Gewalt gegen Zivilisten häufig der Auslöser für das Eingreifen Dritter. Ferner wurde Konfliktmediation durch die UNO bei besonders schweren, lang andauernden Konflikten thematisiert. Außerdem wurde eruiert, welche Faktoren die Annahme von Mediationsangeboten verringern würden und warum. So sei die Annahme eines Mediationsangebots im Falle von Gewaltausübung durch die Regierungspartei unwahrscheinlicher, weil damit ein Souveränitätsverlust verbunden würde. Abschließend gaben die Autorinnen an, in den untersuchten Fällen im Zeitraum von 1989 bis 1999 seien 131 von insgesamt 138 Mediationsangeboten angenommen worden.

Im zweiten Teil des Panels kommentierte Prof. Dr. Lars Kirchhoff (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) das präsentierte Paper und brachte Empfehlungen ein. Kirchhoff sprach zunächst unterschiedliche Mediationsmodelle an und ging daran anschließend auf den Unterschied von *Diplomacy* und *Mediation* ein. Ferner erwähnte er Praktiken der Vermeidung von Mediation und Vorbehalte von Regierungen gegenüber entsprechenden Angeboten – etwa fürchteten manche Regierungen, Mediator_innen könnten Rebellengruppen

pen unterstützen. Schließlich wurde auch die grundsätzliche Frage nach möglichen Zielen (Waffenstillstand, Transformation des Konfliktsystems oder ‚Frieden‘) von Mediation gestellt und diskutiert.

Panel 13: Stell dir vor, es ist Krieg... und er hört nie auf

Margaret Mundorf beschäftigte sich in ihrem Paper mit dem Thema „Text und Trauma. Autobiographische Erinnerungen an Nationalsozialismus und Holocaust aus jüdischer und nicht-jüdischer Perspektive“. Gegenstand der sprach- und literaturwissenschaftlichen Untersuchung waren autobiographische Erinnerungen an Erfahrungen im Krieg aus der Perspektive eines Kriegskindes und einer Shoah-Überlebenden. Mundorf vertrat die These, dass durch den Prozess des Schreibens Traumata verarbeitet werden könnten, wobei der Schreibprozess sowohl motorische, sprachliche, kognitive als auch affektive Aspekte enthalte. Trauma als Reaktion auf das Erleben von akuter oder anhaltender Gewalt sei erst mit dem Vietnamkrieg zum Thema geworden. Heute gebe es nur noch wenige Zeitzeugen, die den Zweiten Weltkrieg als Erwachsene miterlebt hätten. Dies führe zu einer Transformation von Erinnerungskultur und zu der Frage, wie man divergente Gedächtnisperspektiven miteinander vergleichen könne. In ihrer narratologischen Vergleichsstudie versuchte Mundorf den Blick von der Frage „was wird erzählt“ zum „wie wird erzählt“ zu lenken, indem sie unterschiedliche Kindheits- und Erzählwelten anhand von Texten von Christa Wolf und Ruth Klüger analysierte.

Dr. Sabine Korstian (Universität Köln) stellte eine Projektidee zum Thema „ ‚Nie wieder!‘ – ‚Was?‘. Funktion und Wirkung von Gedenkstättenbesuchen bei der Bundeswehr und der Zahal“ vor. Ausgehend von der These, dass sich Erinnerungskulturen derzeit im Umbruch befinden, da sowohl die Opfer als auch die Täter versterben, sollten die politischen Diskurse zur Bedeutung von NS-Zeit und Shoah sowie die damit verbundene Erinnerungskultur einem israelisch-deutschen Vergleich unterzogen werden. So bestehe ein grundlegendes Missverständnis zwischen Deutschen und Israelis in dem Satz „Nie wieder!“, der von Deutschen mit „Krieg“ bzw. von Israelis mit „Auschwitz“ vervollständigt werde. Sowohl für das israelische als auch für das deutsche Militär habe die Integration von Nationalsozialismus und Shoah in die Erinnerungskultur wichtige (Legitimations-)Funktionen erfüllt. Durch die aussterbende Tätergeneration sei dieser Konsens heute jedoch brüchig geworden und es stelle sich die Frage, wie Krieg zukünftig legitimiert werde. Das Erkenntnisinteresse bestehe insbesondere darin, die Veränderungen des politischen Diskurses zur Bedeutung von NS-Zeit und Shoah aufzuzeigen und am Beispiel der Gedenkstättenbesuche mögliche Auswirkungen auf die politische Bildung des Militärs zu untersuchen. Hierbei sollten insbesondere die angebotenen und von den Soldaten tatsächlich übernommenen Interpretationen im Vordergrund stehen. Besonders interessiert seien die Forscherinnen auch an den Reaktionen auf den Vergleich von israelischen und deutschen Soldat_innen.

Der dritte Beitrag des Panels befasste sich mit dem Thema „Worüber man(n) nicht spricht: Sexualisierte Kriegsgewalt und ihre Folgen“. Laut Christine Buchwald (Universität Koblenz-Landau) sei die fehlende Verarbeitung posttraumatischer Belastungsstörungen ein häufiges Problem in Postkonfliktgesellschaften. Erfahrungen von Folter und sexualisierter Kriegsgewalt können zumeist nur mit Hilfe gezielter Unterstützungs- und Beratungsangebote verarbeitet werden. Derartige Angebote seien jedoch in der Regel ausschließlich an Frauen gerichtet. In der Konsequenz bedeute dies einen Ausschluss von Männern, die ebenfalls Opfer sexualisierter Kriegsgewalt geworden sind. Die Tabuisierung dieses Themas und das Schweigen der betroffenen Männer erkläre Pierre Bourdieu durch symbolische Gewalt. Demnach bestehe für Männer ein gesell-

schaftlicher Zwang, ihre Männlichkeit zu beweisen. Zugleich verweise Connell darauf, dass Geschlecht durch Differenzierung veränderbar sei. Da hegemoniale Männlichkeit anhand von Macht, Kapital und Heterosexualität definiert werde, wäre die Zuschreibung der Opferrolle mit einer Schwächung der männlichen Position verbunden und würde zu einer Auflösung der symbolischen Gewalt führen. Die Unterdrückung des männlichen Gegenübers erfolge beispielsweise über die Fremdzuschreibung von Homosexualität und deren Gleichsetzung mit „untergeordneter Männlichkeit“. Von sexualisierter Kriegsgewalt betroffene Männer würden später oft selbst zu Tätern, um ihre ‚Männlichkeit‘ wiederherzustellen.

Im Rahmen der Diskussion, die von Dr. Cordula Dittmer (FU Berlin) moderiert wurde, wurde die Möglichkeit einer klaren Abgrenzung von Opfern und Tätern in Frage gestellt. Kritisch hinterfragt wurden zudem die Vorbildwirkung der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und die Übertragbarkeit auf andere Konflikte. Auch das Verhältnis zwischen Israelis und Deutschen wurde heterogen beurteilt.

Panel 14: Ethik des Krieges

Dr. Marc von Boemcken (BICC, Bonn) eröffnete das Panel mit einer Kritik des Krieges unter Rekurs auf Roger Caillois und Georges Bataille. Batailles Perspektive auf Krieg und Frieden als eine dialektische Einheit bildete so den Ausgangspunkt für das präsentierte Paper „Krieg als Exzess und Überschreitung. Zur Aktualität kritischer Kriegstheorien von Roger Caillois und Georges Bataille“. Denke man Krieg im Anschluss an Bataille als organisierte Form der Gewalt und als temporäre Grenzüberschreitung, so könnten daraus Bedürfnisse für und Erkenntnisse über den postkriegserischen Zustand einer Gesellschaft abgeleitet werden. In einer Bataille'schen Betrachtung der aktuellen politisch-militärischen Entwicklungen würden diese zur Ausdrucksform sich wandelnder sozialer Normen.

Dr. Peter Rudolf (SWP, Berlin) stellte in seinem Beitrag „Zum Verhältnis von Recht und Ethik des Krieges - Überlegungen zu einer Theorie legitimer militärischer Gewalt“ die These auf, die öffentliche Diskussion über legitime militärische Gewalt dürfe hierzulande nicht tabuisiert werden, sondern müsse im Gegenteil explizit und rational geführt werden, da in Deutschland keine stringent pazifistische politische Praxis existiere. Rudolf forderte eine strukturierte ethische Betrachtung im Hinblick auf die Art und Bedingungen militärischer Einsätze. Dies gelte nicht nur für den öffentlichen Diskurs, sondern insbesondere auch für die verschiedenen mit Krieg und Frieden befassten Wissenschaften. Eine solche Debatte werde jüngst primär aus völkerrechtlicher Perspektive oder aber im sicherheitspolitischen Bereich geführt. Jene Diskurse seien allerdings von einem ‚Ethikdefizit‘ geprägt, das bearbeitet werden müsse. Vor diesem Hintergrund sei die Forderung nach einer normativen Theorie legitimer militärischer Gewaltanwendung einzuordnen. In diesem Zusammenhang ging der Papergiver auf die Potentiale einer Wiederaufnahme der Auseinandersetzung mit dem Konzept des *bellum iustum* ein, das als Hilfestellung für eine Überprüfung des eigenen moralischen Standpunktes und eine begründbare Urteilsbildung in einzelnen zu entscheidenden Fällen über militärische Gewaltanwendung dienen könne.

Auch Dr. Niklas Schörnigs (HSFK, Frankfurt/M.) Paper „Auf dem Weg zum 'gerechten' Drohnenkrieg? Moderne Militärmittel und die aktuellen Debatten um 'gerechte Kriege'“ griff die Debatten um Theorien des *bellum iustum* auf. Der Autor kontrastierte dabei traditionalistische mit revisionistischen Theorieansätzen des

„gerechten Krieges“ und diskutierte insbesondere revisionistische Konzepte im Hinblick auf die Entwicklungen moderner zunehmend technisierter Kriegsführung. So beeinflusse etwa der Einsatz von Kampfdrohnen die Diskussion des *ius ad bellum* und des *ius in bello* und vereinfache es, Kriterien der Theorie des *bellum iustum* zu erfüllen, indem das Prinzip individueller Schuld auf der Seite der Opfer an Bedeutung gewinne und Angriffe nach dem Schuld-Prinzip legitimiere (z.B. gezielte Tötung von Terroristen) – die Zugehörigkeit zu einer Streitkraft rücke in einer solchen Perspektive zunehmend in den Hintergrund. Gleichzeitig gerieten jene Angriffe in Opposition zu zentralen Kriterien des humanitären Völkerrechts. Schörnig argumentierte, revisionistische Theorien des *bellum iustum* könnten Verbindungen und Rechtfertigungsmuster zu Mitteln moderner Kriegsführung etablieren und in einen verstärkten Einsatz von modernen Kampfmitteln münden.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurden zunächst explizit die einzelnen Papergiver mit Rückfragen adressiert. Dabei wurden unter anderem die Aktualität der Kriegstheorie Batailles und die Anthropologisierung und Psychologisierung des Bataille'schen Gewaltbegriffs hinterfragt. Einen weiteren Angelpunkt der Diskussion bildeten die Theorien um den *bellum iustum* sowie die Gefahr einer Rationalisierung von Gewalt.

AK Natur - Ressourcen - Konflikte

Die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Natur - Ressourcen - Konflikte knüpfte direkt an vorherige Diskussionen zu potentiellen Themen und Aktivitäten an. Unter anderem wurden auf dem AFK-Kolloquium folgende inhaltliche Aspekte und Forschungslücken diskutiert:

- Lokale Konsequenzen von Umweltkonflikten
- Spezifische Charakteristika von Ressourcenkonflikten
- Konfliktpotential von Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels

Als potentielle Aktivitäten für 2015/16 wurden die Zusammenstellung einer Literatursammlung, die Vorbereitung eines Sammelbands, der Auftakt einer Working Paper Reihe sowie das Einrichten eines Blogs als interne bzw. externe Diskussionsplattform anvisiert.

AK Junge WissenschaftlerInnen

Beim Treffen des AK Junge WissenschaftlerInnen standen Themenfindung und Aufgabenverteilung für die nächste Konferenz der NachwuchswissenschaftlerInnen im Vordergrund, die im Vorfeld des AFK-Kolloquiums 2016 am Gustav Stresemann Institut (GSI) in Bonn stattfinden wird. Für die im Rhythmus von zwei Jahren stattfindende Konferenz fand sich ein Team von Freiwilligen zusammen, das die beiden NachwuchssprecherInnen bei der Planung und Organisation im nächsten Jahr unterstützen wird.

AK Curriculum und Didaktik

Beim diesjährigen Arbeitstreffen des AK Curriculum und Didaktik standen die Themen „Konfliktanalyse digital“ und die nächste AK-Tagung im November 2015 im Mittelpunkt. Das laufende Projekt „Konfliktanalyse digital“ sei eine standortübergreifende Initiative mit dem Ziel, sich über die verschiedenen Lehrveranstaltungen zur Konfliktanalyse der einzelnen Studiengänge und –orte auszutauschen. Für die Beteiligten biete dieses Projekt die Chance, ihr Spektrum an Themen und Lehrmethoden zu erweitern und inhaltliche Herangehensweisen zu diskutieren. Für diesen Zweck wurde die Lehrpraxis der Konfliktanalyse an den verschiedenen Standorten skizziert. Daraus ergaben sich übergeordnete Fragen sowie weitere Vorschläge für das

Programm der kommenden AK-Tagung, die vom 19. bis 21. November 2015 voraussichtlich in Frankfurt stattfinden wird. Derzeit beinhaltet das Programm u.a. Themen wie „Kritische Lehre“ und „Genderperspektiven in der Lehre“ sowie den Austausch über eine mögliche Summer School zum Bereich Konfliktanalyse.

AK Wissenschaft und Praxis

Im Rahmen des AFK-Kolloquiums organisierten die Sprecherinnen des AK Wissenschaft und Praxis, Antje Holinski (Universität Magdeburg) und Dr. Ulrike Krause (Universität Marburg), ein Treffen über „Forschungsethische Überlegungen im Rahmen empirischer Feldstudien - Konflikt zwischen Wissenschaft und Praxis?“ mit einem Vortrag zur konfliktbedingten Flucht. Zu den geplanten Veranstaltungen des AKs zählen informelle Austauschtreffen (z.B. mit GIZ und KfW) im Kontext des Forschungsprojekts „Gender in begrenzten Räumen“ am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg sowie weitere Workshops und Austauschtreffen mit relevanten Akteuren.

Netzwerk Friedensforscherinnen

Die AFK-Frauenbeauftragten Dr. Cordula Dittmer (FU Berlin) und Claudia Simons (SWP, Berlin) moderierten das Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen und präsentierten nach einer kurzen Vorstellungsrunde zunächst einen Überblick der Auswertung der Geschlechterverteilung in den verschiedenen Bereichen der Arbeit der AFK. Auf dem diesjährigen Kolloquium seien Frauen bei den öffentlichkeitswirksamen Programmpunkten wie z.B. der Keynote weiterhin unterrepräsentiert. In Vorausschau auf das AFK-Kolloquium 2016 wurde kurz diskutiert, wie Frauen besser erreicht und als Rednerinnen oder Diskutantinnen gewonnen werden können. Diesbezüglich baten die Frauenbeauftragten um Anregungen und Vorschläge. Positiven Anklang fanden die beiden diesjährigen explizit mit Genderaspekten befassten Panels. Allerdings wurde auch diskutiert, ob nicht eine in das gesamte Kolloquium integrierte Genderperspektive abgegrenzten und eigens so benannten Gender-Panels vorzuziehen sei. Daraus resultierte die Überlegung, bereits im Call for Papers zu Beiträgen mit einer Gender-Komponente aufzurufen. Abschließend wiesen Claudia Simons und Cordula Dittmer auf die Neuwahl des Vorstands und der Frauenbeauftragten im Rahmen des Kolloquiums 2016 hin und ermunterten zu Kandidaturen.

Weltcafé: Zukunftsperspektiven der AFK

Im Rahmen des Weltcafés wurde anhand von fünf moderierten Themenkreisen – Visionen für die weitere Entwicklung, Rolle und Organisation der Arbeitskreise, politischer Mitgestaltungsanspruch, Rolle der Geschäftsstelle der AFK, Beteiligung und Aufnahme junger Wissenschaftler_innen – eine Debatte über die Zukunftsperspektiven der AFK geführt. Mit dem Weltcafé nahm der Vorstand den Beschluss der letzten AFK-Mitgliederversammlung zur Durchführung eines solchen Selbstverständigungsprozesses auf. Die Ergebnisse der Diskussionen in den Themenkreisen wurden zur weiteren Bearbeitung an den AFK-Vorstand weitergeleitet.

Schlussplenum: Friedensethische Herausforderungen angesichts von Kriegen und Gewalt

Auf dem Podium des Abschlussplenums begrüßte Dr. Bernhard Rinke (Universität Osnabrück) als Moderator die Teilnehmenden Prof. Dr. Michael Haspel (Ev. Ak. Thüringen/Universität Jena), Prof. Dr. em. Lothar Brock (HSFK, Frankfurt/M.) und Generalleutnant a.D. Rainer Glatz (Kammer für öffentl. Verantwortung der EKD). Die verschiedenen Schwerpunkte der Panels sowie die Vorträge von Bundesaußenminister Steinmeier und Tarak Barkawi bildeten auf dem Podium wiederkehrende Bezugspunkte. Bernhard Rinke knüpfte in einer kurzen Einführung zunächst an die Themen des Panels „Ethik des Krieges“ und die wieder-auflebende Debatte um den sogenannten gerechten Krieg an.

Michael Haspel postulierte in Bezug auf künftige Forschungen eine stärkere Berücksichtigung postkolonialer Ansätze. Nur so könnten verschiedene Formen von Gewalt aus wissenschaftlicher Sicht angemessen bearbeitet und strukturelle Herrschaftsbeziehungen in den Blick genommen werden. In diesem Zusammenhang identifizierte er insbesondere hybride Ansätze als besonders aussichtsreich. Auf Bernhard Rinkes Frage nach einer Einschätzung zum gegenwärtigen Stand der *Responsibility to Protect* waren sich die Diskutanten überwiegend einig, dass die *R2P* zwar für einen friedensethischen Fortschritt stehe, aber nach wie vor auch kritisch betrachtet werden müsse. Haspel stellte in Bezug auf die *Responsibility to Protect* und die *Human Security-Debatte* heraus, die *R2P* sei als politisches Instrument zur Begründung von Interventionen nicht valide. Als Fortschritt könne hingegen angesehen werden, dass Menschenrechte seit den 1990er Jahren irreversibel im Völkerrecht verankert sind. Lothar Brock betonte die Möglichkeit, Diskussionen über militärische Gewaltanwendung unter Bezugnahme auf das Konzept der *R2P* zu führen; auch ‚legale Gewalt‘ könne und solle kritisiert werden. Rinke machte eine Engführung in der *R2P*-Debatte aus, bei der eine *Responsibility to React* im Vordergrund stünde. Bezugnehmend auf Steinmeiers Forderung vor allem die Konfliktprävention zu stärken, fragte Rinke nach Strategien der Konfliktprävention und dem gegenwärtigen Stellenwert entsprechender Konzepte in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Rainer Glatz führte an, in diesem Kontext sei eine Debatte über die (finanzielle) Ausstattung des Militärs als Mittel der Exekutive unbedingt notwendig und überfällig – insbesondere auch im Hinblick auf den Review 2014-Prozess. Darüber hinaus solle ein stärker vernetzter Ansatz in der Außen- und Sicherheitspolitik vorangetrieben werden.

Die Diskussion unter Einbeziehung des Auditoriums ging der Praxis der Einbettung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik in die internationale Politik und ihrem Verhältnis zu Bündnispartnern nach. Außerdem wurde erörtert, inwiefern Verhältnismäßigkeit und die Frage der Zielführung im Falle von Militäreinsätzen gemessen werden könnten. Im Anschluss an die Debatten des Panels *Ethik des Krieges* wurde vor dem Tagungsplenum nochmals die Frage nach neuen Formen der ethischen Beurteilung von Gewalt und nach den Erfolgsaussichten eines solchen Anspruchs aufgegriffen. Haspel schlug die Erarbeitung eines hybriden Konzepts aus einer Zusammenführung von Friedens- und Sicherheitslogik vor. Weiterhin wurde verhandelt, wie stark die deutschsprachige Friedens- und Konfliktforschung, auch in ihren Verbindungslinien zur Politik, ihre eigene Position in den Blick nehme. Einerseits habe beispielsweise die Forschung um den ‚demokratischen Frieden‘ kritische Selbstreflexion gefördert und auch Peacebuilding sowie Entwicklungszusammenarbeit seien intern und programmatisch (selbst-)kritisch weiterentwickelt worden, andererseits bestehe nach wie vor die Gefahr einer Selbstvergewisserung in Forschung und Politik.

Ende der Veranstaltung

Uwe Trittman und der AFK-Vorsitzende, Prof. Dr. Conrad Schetter, sprachen das Schlusswort der Veranstaltung. Resümierend hob Schetter positiv hervor, dass das Thema „Stell dir vor, es ist Krieg...“ als roter Faden stets im Mittelpunkt des Jahreskolloquiums stand, wobei der Untersuchungsgegenstand Krieg aus unterschiedlichen Perspektiven und unter verschiedenartigen Fragestellungen betrachtet wurde. Von der Eröffnungsrede des Bundesaußenministers, über die Keynote von Tarak Barkawi bis hin zu den einzelnen Panels wurde eine Reihe von Forschungsfragen behandelt. Mit 134 Teilnehmenden und dem Weltcafé stellte diese AFK-Tagung eine besonders intensive und anregende Veranstaltung dar. Am Ende lud Schetter die Anwesenden zum nächsten AFK-Kolloquium ein, das vom 3. bis 5. März 2016 im Gustav-Stresemann Institut in Bonn stattfinden wird.